

10.10.2024

Kleine Anfrage 4618

der Abgeordneten Henning Höne und Marc Lürbke FDP

Gestörter Informationsfluss zwischen IM und MKJFGFI – warum wurde Ministerin Paul nicht früher darüber informiert, dass es sich beim Tatverdächtigen des Anschlags von Solingen um einen Flüchtling handelt, bei dem eine Dublin-III-Überstellung gescheitert war?

Das Magazin DER SPIEGEL berichtet am 10. Oktober 2024 aus internen Dokumenten zu der Kommunikation des Ministeriums des Innern (IM) und des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI) des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Berichterstattung steht teilweise im Widerspruch zu öffentlichen Äußerungen.

Ministerin Paul führte in der Fragestunde des Landtags am 11. September 2024 aus: „Als uns dann am Sonntag klar übermittelt worden ist, dass nicht nur der Tatverdächtige tatsächlich festgenommen werden konnte, sondern dass auch die Frage einer gescheiterten Dublin-III-Überstellung eine Relevanz hat, ist für uns wichtig gewesen, in diese Sachverhaltsaufklärung einzutreten. Aber unserem Haus ist tatsächlich erst am Sonntagvormittag gesichert bekannt geworden, dass der Tatverdächtige ein sogenannter Dublin-III-Fall ist. Daraus leitet sich natürlich unmittelbar die Betroffenheit unseres Hauses in der Sachverhaltsaufklärung ab“ (Plenarprotokoll 18/73, S. 92).

Laut Ministerin Paul haben ihr gemäß ihrer Darstellung in der Fragestunde, erst am Sonntag um 11:45 Uhr gesicherte Informationen vorgelegen, dass eine Zuständigkeit des MKJFGFI vorlag (Plenarprotokoll 18/73, S. 85).

Laut Berichterstattung liegen Informationen vor, die belegen, dass Minister Reul bereits am frühen Samstagabend von dem misslungenen Abschiebeversuch wusste. Weiter heißt es, dass laut der internen Chronologie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) dem nordrhein-westfälischen LKA bereits am Samstag um 17.04 Uhr per E-Mail die Asylverfahrensakte des mutmaßlichen Attentäters al H. schickte. Am Samstag um 18.41 Uhr soll der Inspekteur der Polizei NRW zusätzlich einen Anruf von dem Präsidenten der Bundespolizei erhalten haben. Weiter sollte der Inspekteur der Polizei NRW Innenminister Reul bereits am Samstagabend um 18.48 Uhr informiert haben.

Erst am Morgen des 25. August, am Sonntag, schrieb Minister Reul eine SMS an Ministerin Paul zum Versuch der Kontaktaufnahme. Absicht war, sie darüber zu informieren, „dass es sich um einen Flüchtling handelt, der bereits abgeschoben werden sollte“ (Plenarprotokoll 18/73, S. 88). Ein Telefonat kam laut Fragestunde nicht zu Stande, da der Sachverhalt inzwischen bereits über die Medien bekannt war.

Datum des Originals: 10.10.2024/Ausgegeben: 10.10.2024

Der Berichterstattung zu Folge kontaktierte jedoch das LKA am Samstag um 17 Uhr den Leiter des Referats 524 „Sicherheitskonferenz, Extremismus und Prävention“ im MKJFGFI. Dieser sollte am Samstag helfen, vom BAMF die Akte des mutmaßlichen Täters al H. zu besorgen. Ministerin Paul führte dazu in der Fragestunde aus: Es „verdichteten sich für uns am Samstagabend, also dem 24. August 2024, Hinweise, dass es sich bei dem Tatverdächtigen um einen syrischen Staatsangehörigen handelt, der nach der Dublin-III-Verordnung nach Bulgarien hätte rücküberstellt werden müssen“ (Plenarprotokoll 18/73, S. 85).

Laut der internen Dokumente, die dem SPIEGEL vorliegen, versuchte das LKA am Sonntagmorgen erneut, Kontakt zum MKJFGFI aufzunehmen. Doch das war offenbar kompliziert. Es habe dort „keine Bereitschafts- oder Alarmierungserreichbarkeiten“ gegeben, heißt es in den Unterlagen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wann informierte das Ministerium des Inneren das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI) über den Sachverhalt, dass es sich bei Issa al H. um einen syrischen Flüchtling handelt, bei dem eine Dublin-III-Überstellung gescheitert war (Bitte den exakten Zeitpunkt und den Kommunikationsweg angeben)?
2. Wer erhielt im MKJFGFI wann eine WE-Meldung über den Anschlag in Solingen?
3. Welche Medienberichte zum Tatverdächtigen al H. lagen Ministerin Pau am Wochenende des 24. und 25. August 2024 vor? (Bitte exakte Zeitpunkte mitteilen)
4. Gemäß der Berichterstattung soll das LKA am Samstag um 17 Uhr den Leiter des Referats 524 „Sicherheitskonferenz, Extremismus und Prävention“ im MKJFGFI gebeten haben, beim BAMF die Akte des mutmaßlichen Täters al H. zur Verfügung zu stellen. Zudem hätten sich die Hinweise verdichtet, dass es sich bei dem Tatverdächtigen um einen syrischen Staatsangehörigen handelt, der nach der Dublin-III-Verordnung nach Bulgarien hätte rücküberstellt werden müssen. Warum wurde vor diesem Hintergrund - einer Unterstützungsbitte des LKA in einer laufenden Fahndung, die sich bereits auf einen Tatverdächtigen zugespitzt hat - Frau Ministerin Paul nicht unverzüglich über diesen Sachverhalt informiert?
5. Über welche Stellen hat das LKA versucht, am Samstag und Sonntag, Kontakt zum MKJFGFI aufzunehmen?

Henning Höne
Marc Lürbke